

mit der Erlangung des Heils“; „Die Verhältnisbestimmung von Christus und der Kirche im Zusammenhang mit der Heilungsvermittlung“) zu systematisieren.

Als erstes gemeinsames Ergebnis legte der Kreis 1975 Thesen zu Amt und Ordination vor. Es folgten Thesen über Evangelium, Sakramente und Amt (vgl. HK, Juni 1979, 306 ff.) im Zusammenhang mit dem 450jährigen Jubiläum des Augsburger Bekenntnisses

und Thesen zum Thema „Das Opfer Jesu Christi und die Kirche“ (vgl. Dialog der Kirchen, Band 3, S. 215 ff.), die wichtige Klärungen auf diesem schwierigen Feld erreichten.

Die bisherige Geschichte des Ökumenischen Arbeitskreises verlief nicht ohne Spannungen und Krisen (vgl. dazu: Schwahn, S. 62–99), sei es im Zusammenhang mit dem Dogma von 1950 oder der veränderten Situation nach dem Zweiten Vatikanum. Der-

zeit steht zum einen die Rezeption theologischer Dialogergebnisse auf der ökumenischen Tagesordnung, zum anderen geht es um grundsätzliche Klärungen bezüglich Einheit und Kirchengemeinschaft. Daß dem Ökumenischen Arbeitskreis, der sich erhebliche Verdienste um das ökumenische Gespräch der letzten Jahrzehnte erworben hat, auf diesem Hintergrund die Arbeit ausgehen könnte, ist nicht zu erwarten. U. R.

Ergebnis mit mehreren Gesichtern

Was die Landtagswahlen vom 24. März für das deutsche Parteiensystem bedeuten

Die drei Landtagswahlen vom 24. März haben das Bonner Regierungsbündnis konsolidiert und den prekären Zustand der SPD sichtbar gemacht. Bei genauerem Hinsehen erweist sich die Situation beider politischer Lager in der Bundesrepublik aber als wenig stabil. Die großen Volksparteien erleiden derzeit eine Schwächeperiode mit ungewissen Auswirkungen auf das Parteiensystem insgesamt.

„Die Ergebnisse der Landtagswahlen vom 24. März in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein verdanken ihren Überraschungseffekt dem unerwarteten Aufschwung der FDP und den flächendeckenden Verlusten der Sozialdemokraten. Als politische Signale weisen sie freilich eine eigentümliche Ambivalenz auf.“ So Dieter Oberndörfer, Gerd Mielke und Ulrich Eith in einer Gemeinschaftsanalyse, veröffentlicht in der Frankfurter Rundschau vom 29. März 1996.

Die Ambivalenz ergibt sich schon daraus, daß es neben den Überraschungssiegern und dem eindeutigen Verlierer bescheidene zweite Sieger gibt. Sie waren am Wahlabend nicht weniger fröhlich als die glorreich wieder auferstandenen Freien Demokraten, von deren Siegen aber nicht recht klar ist, was sie über den Tag hinaus bedeuten.

Doch der Reihe nach. Die Wahlen vom 24. März waren keine gewöhnlichen Landtagswahlen. Gut 12 Millionen Wähler zwischen Bodensee und Wasserkante wurden an die Urnen gerufen. Am gleichen Tag fanden überdies in mehreren bayerischen Landkreisen und Großstädten, darunter Augsburg und Nürnberg, Stichentscheide über Landräte und Oberbürgermeister statt. Schon der erste Durchgang der bayerischen Kommunalwahlen hatte beträchtliche Gewichtsverschiebungen, zum größten Teil zugunsten der CSU, gebracht. Die Stichentscheide bestätigten den Trend. Zum ersten Mal seit Kriegsende steht an der Spitze des traditionell sozialdemokratisch „regierten“ Nürnberg ein CSU-

Oberbürgermeister. Aber Bayern war an diesem Tag nur eine Pointe am Rande. Die wirklich Aufmerksamkeit erregenden Ereignisse fanden im Südwesten, im Westen und im äußersten Norden statt.

Das Ergebnis vom 24. März ist um so beachtenswerter, als es Länder mit sehr unterschiedlicher Wirtschafts- und Sozialstruktur betrifft, vorwiegend agrarisch bestimmte Gebiete neben den industriellen Kernregionen an Rhein und Neckar. Wer bei einer solchen Wahl so hohe und so durchgängige Verluste erleidet wie die SPD, muß sich nach seinem Überleben als Volkspartei fragen. Aber auch für die CDU ist das Ergebnis vom 24. März durchaus sperrig. Es kann nicht übersehen werden, daß die drei Länder, in denen jetzt gewählt wurde, die längste Zeit klassische CDU-Domänen waren, mit komfortabler absoluter Unionsmehrheit noch bis in die späten achtziger, in Baden-Württemberg bis an die Schwelle der neunziger Jahre. Wer nach tiefem Fall auch beim zweiten oder dritten Versuch nicht an die 40-Prozent-Grenze heran- oder nur knapp über diese hinauskommt, hat wenig Grund, sich selbstzufrieden im Regierungssessel oder auf der Oppositionsbank zurückzulehnen.

Allerdings sind die Landtagswahlen vom 24. März mit besonderem Maßstab zu messen. Ihre *bundespolitische Bedeutung* ist mindestens so groß wie das Gewicht für die Länder, in denen die Wahlen stattfanden. Bundespolitisch stehen wir knapp vor der Halbzeit zwischen 1994 und 1998. So ergeben die drei Landtagswahlen einen interessanten

Gradmesser für die Entwicklung der politischen bzw. parteipolitischen Gewichte in der gesamten Republik. Größere Verschiebungen zugunsten von Rot-Grün hätten für die Bundesregierung kaum kalkulierbare Entwicklungen ausgelöst. Nicht auszudenken, was es für das Kabinett Kohl bedeutet hätte, wäre das rot-grüne Kalkül in Baden-Württemberg aufgegangen und hätte die CDU im letzten westlichen CDU-regierten Land die Führung an einen sozialdemokratischen Ministerpräsidenten abgeben müssen.

Allein schon das Ausscheiden der FDP aus weiteren Landesparlamenten hätte Bonn kräftig durcheinander bringen können. Ganz abgesehen von der Tatsache, daß Landtagswahlen allgemein weniger mit landes-, als vielmehr mit bundespolitischen Argumenten bestritten werden, waren die Landtagswahlen vom 24. März alles andere als beliebige regionale Wahlen in ein paar verschlafenen Winkeln der Republik. Es stand viel auf dem Spiel. Und niemand war sich seiner Sache ganz sicher.

Die Bundesregierung ist glimpflich davongekommen

Insofern hat die Bundesregierung als erste Gewinnerin des 24. März zu gelten. Die Union ist trotz der Unzufriedenheit in der Bevölkerung über die wirtschaftliche Situation und die Arbeitsplatzentwicklung und der unsäglichen Rentendiskussionen nirgends zurückgefallen. Die FDP befindet sich in kräftiger Erholung, die SPD verliert trotz ihrer neuen Führung im Bund und angeblich populärer Wahlkampfthemen in Baden-Württemberg bundesweit katastrophal. Die CSU in Bayern strotzt dagegen vor unverbrauchter Kraft. Für die Bonner Koalition hätte das Ergebnis, jedenfalls auf die nächste Zeit bezogen, besser gar nicht sein können.

In *Baden-Württemberg* wird die große Koalition aus Christ- und Sozialdemokraten durch eine kleine aus Christdemokraten und Freien Demokraten abgelöst. Die SPD kehrt in die Opposition zurück, die CDU ist die Zwänge der großen Koalition los. Beide Partner hatten es ja gleich eilig, aus der insgesamt erstaunlich reibungslos arbeitenden und in der Bevölkerung keineswegs unbeliebten großen Koalition herauszukommen. Von einer „eigenständigen Mehrheit“ der CDU war in Baden-Württemberg zwar bis zum Wahltag die Rede, der Glaube daran fehlte aber bereits seit Wahlkampfbeginn. Die demoskopischen Umfragen haben ihn im Gegensatz zur guten Wahlkampfstimmung nie gestützt. Jetzt ist Gleichschritt mit der Koalition in Bonn angesagt.

In *Rheinland-Pfalz* kann die sozialliberale Koalition unter *Kurt Beck* mit einer geschwächten SPD und einer gestärkten FDP weiterregieren. Auch wenn eine CDU-FDP-Koalition numerisch (51 zu 50) möglich wäre, hat die FDP in Mainz für absehbare Zeit keinen Grund, den Partner zu wechseln. Denn mit der derzeit einzigen SPD-FDP-Koalition in einem deutschen Bundesland kann die FDP Unabhängigkeit gegenüber der CDU in Bonn demonstrieren.

In *Schleswig-Holstein* bahnt sich nach Hessen und Nordrhein-Westfalen das dritte rot-grüne Bündnis an; von Ministerpräsidentin *Heide Simonis* nicht gewünscht, aber durch die parteipolitischen Realitäten erzwungen, kann es länger halten (müssen), als man gegenwärtig vor allem in der dortigen, sich mit dem SSW (Südschleswiger Wählerverband) als alternativer Koalitionspartner anbietenden FDP vermutet. In allen drei Ländern bleiben also die bisherigen Ministerpräsidenten im Amt. Die Gewichte verschieben sich auch auf Länderebene vornehmlich nur im zweiten Glied.

Die Bonner Koalition dagegen kann sich um so mehr bestärkt fühlen, als eine alte Faustregel, die da lautet: Landtagswahlen zwischen zwei Bundestagswahlterminen gingen so gut wie immer zu Lasten der in Bonn regierenden Parteien aus, dieses Mal gründlich durchbrochen wurde. Von großer Koalition in Bonn wird jetzt längere Zeit nicht mehr die Rede sein. Neue Koalitionen bzw. Koalitionskombinationen quer zu den etablierten bürgerlichen und rot-grünen Blöcken mögen zwar die Phantasie mancher Verlierer oder auch des einen oder anderen Siegers bewegen, aber die Realisierungschancen bleiben einstweilen gering. Immerhin besaß der Bundeskanzler, zwiespältig beeindruckt von den hohen Zugewinnen der FDP und um diese vor sich anbahnendem Übermut zu warnen, am Tag nach der Wahl die Klugheit, die Grünen als mögliche Koalitionspartner der Union nicht für ewige Zeiten auszuschließen: Man wisse schließlich ja nicht, wie sich diese weiterentwickelten, und in einzelnen Kommunen arbeite man ja einigermassen friedlich zusammen.

Weil sich Veränderungen in den Ländern nur im zweiten Glied ergeben, wird die Situation für die Bundesregierung besonders komfortabel allerdings auch nicht werden. Gegen den sozialdemokratisch beherrschten Bundesrat konnte die Bonner Koalition einen befreienden Stich nicht tun. Das Meinungsbild in der Länderkammer dürfte entsprechend den in den Landeskoalitionen jeweils ausgehandelten Bundestagsklauseln um einiges bunter werden. Auch ist damit zu rechnen, daß künftig wieder mehr nach Länder- und weniger nach Parteiinteressen abgestimmt wird. Aber auch wenn nur noch drei Länder rein sozialdemokratisch regiert werden (Niedersachsen, Brandenburg und das Saarland), an der sozialdemokratisch bestimmten Bundesratsmehrheit ändert sich nichts.

Also im wesentlichen nur Bestätigung der herrschenden Verhältnisse, wenig Neues unter Deutschlands politischer Sonne – trotz der unterschiedlichen Sieger und dem einen klaren Verlierer? Richtig ist, daß die Zeichen nicht auf Wechsel standen. Der Wählerwille war so klar wie selten. Man wünschte nicht Veränderung, verspürte keine Lust auf unsichere Experimente; man wechselt nicht mitten im Ritt über ein ökonomisch höchst unsicher gewordenen Gelände die Pferde. Damit hat sich eine Faustregel aller Wahlanalysen voll bestätigt: In Krisenzeiten verlassen sich Wähler lieber auf das, was ist, als sich Alternativen zuzuwenden. Die Ängste vor einer neu drohenden Rezession bestimmten die

Richtung der Stimmabgabe. Wem man mehr Wirtschaftskompetenz zutraut, von dem werden auch positive Wirkungen auf dem Arbeitsmarkt erwartet.

Bedenken wegen eines Sozialabbaus traten bei der Masse der Wähler gegenüber ökonomischen Erwartungen bzw. Befürchtungen zurück. Das Wirtschaftshemd war der ganz überwiegenden Mehrheit näher als der Umweltrock. Dies mußten trotz beachtlicher weiterer Zugewinne (in Baden-Württemberg 2,6 Prozent, in Schleswig-Holstein 3,1 Prozent, in Rheinland-Pfalz nur 0,4 Prozent) die Grünen schmerzlich erfahren. Die besondere Abhängigkeit des Wählervotums am 24. März von der ökonomisch bestimmten Stimmung relativiert allerdings das Gewicht der Ergebnisse für die Beurteilung der längerfristigen Gewichtsverteilung im deutschen Parteiensystem.

Daß die Bündnisgrünen trotz Zuwächsen „nervös geworden sind“ und am Wahlabend zumindest im Südwesten als arg „verstörte“ Sieger wirkten, weil Rot-Grün nicht stach, ist richtig. Aber die These, vertreten u. a. in der „Zeit“ (5.4.96), die FDP (Zugewinne in Baden-Württemberg 3,7 Prozent, in Rheinland-Pfalz 2 Prozent, in Schleswig-Holstein 0,1 Prozent), die doch von den Bündnisgrünen als dritter Kraft abgelöst werden sollte, sei bereits wieder drauf und dran, die Grünen als Zukunftspartei zu überholen, erscheint ebenso als voreilig wie die Bonn-Prognose derselben „Zeit“ (29.3.96) unmittelbar nach der Wahl, das „nächste Rennen“, gemeint war die Bundestagswahl 1998, sei „bereits gelaufen“. Der Bundeskanzler erklärte zwar zumindest taktisch selbstbewußt am Tag nach der Wahl: „Wir werden die nächste Bundestagswahl gewinnen.“ Getrogen haben solcherlei Kanzlerprognosen selten, und natürlich hat die christlich-liberale Koalition in Bonn den Blick wieder frei, sie hat aber auch alle Chancen, sich den Brei selbst zu verderben.

Die FDP wird, jetzt ohne Todesängste, kein einfacherer Partner werden. Sie wird ihre Klientel der Besserverdienenden besser zu bedienen suchen als bisher. Die wirtschaftliche Situation kann sich bis 1998 beruhigen oder auch verschlechtern: Erhalten bleiben wird auf jeden Fall die *prekäre Arbeitsmarktlage* – trotz aller Bündnisse für Arbeit, weil der Mix aus ökonomischen Rationalisierungszwängen und technologischem Fortschritt auch weiterhin mehr Arbeitsplätze kosten als neu schaffen wird, weil grundlegende Lösungen auf diesem Felde – Arbeitsumverteilung – in einer freiheitlichen Gesellschaft nur sehr begrenzt machbar sind. Die dann notwendigerweise fälligen Auseinandersetzungen um die europäische Wirtschafts- und Währungsunion werden so oder so den Bundestagswahlkampf 1998 beeinflussen.

Die Mehrheit von CDU/CSU und FDP im Bund und auch die CDU ist innerparteilich keine prästabilisierte Harmonie. Stimmungen können in einer wechselhaft wie anspruchsvoll gewordenen Wählerschaft umschlagen. Und ein Tor wäre, der meinte, nach dem 24. März 1996 seien Mehrheiten und Minderheiten in Deutschland über das Jahr 2000 hinaus ein-

fach festgeschrieben. Und um noch etwas zur FDP zu bemerken: Es gibt eine dritte, ziemlich untrügliche Faustregel deutscher Wahlen: Die FDP als Mehrheitsbeschaffer ist immer stark, wenn sie totgesagt wird, aber meistens dann schwach, wenn sie sich (auch anscheinend) eines sicheren Lebens erfreut. Und schließlich, um das Stärkeverhältnis FDP/Bündnisgrüne realistisch einzuschätzen, sei wenigstens ein kurzer Blick auf das Verhalten der *Jungwähler* in Baden-Württemberg empfohlen. Bei der FDP verteilten sich die Wähleranteile einigermaßen gleichmäßig über alle Altersstufen; bei den 18–44jährigen aber sind die Grünen (mit 20 resp. 23, resp. 19 Prozent) der FDP (9, resp. 7, resp. 8 Prozent) uneinholbar überlegen.

Die Reps – eine baden-württembergische Zukunftspartei?

Ein dunkler Fleck speziell im Wahlergebnis Baden-Württembergs ist der in der erreichten Höhe von niemandem erwartete Erfolg der *Republikaner*. Rein numerisch gehören sie neben den Sozialdemokraten mit minus 0,9 Prozent zu den Verlierern auch in Baden-Württemberg. Sie verloren dort in 60 von 70 Wahlkreisen, am meisten mit 5 Prozent in der Republikanerhochburg Pforzheim. Absehbar war zumindest in den letzten zwei Wochen vor der Wahl, daß die Republikaner wieder in den baden-württembergischen Landtag einziehen würden, aber bis unmittelbar vor dem Wahltag wurde auch von den Demoskopie-Instituten keine Prognose in der Höhe des tatsächlich erreichten Ergebnisses vorgelegt.

Bedenkt man die Ausnahmesituation 1992 (Baden-Württemberg stand damals ganz im Zeichen der Bonner Handlungsblockade in der Asylgesetzgebung), dann überrascht das Abschneiden der Republikaner diesmal um so mehr. Unstreitig hat der Wahlkampf der Sozialdemokraten, insbesondere des Bundesvorsitzenden *Oskar Lafontaine* und des baden-württembergischen Spitzenkandidaten *Dieter Spöri*, gegen die Einführung der Europawährung und gegen die Aussiedler den Republikanern in die Hände gearbeitet. In anderen Ländern, wo sich Sozialdemokraten von solcherlei Kampagnen auf Distanz hielten, war für radikale Parteien nichts zu gewinnen. Auch die DVU in Schleswig-Holstein blieb diesmal außen vor. In Rheinland-Pfalz gab es nur eine wegen der Nachbarschaft zu Baden-Württemberg typische Ausnahme: In Ludwigshafen gewannen die Reps über 8 Prozent. Auch die in die letzte Wahlkampfwoche hineinreichenden Kurdenunruhen waren wohl Wasser auf die Mühlen der Republikaner. Maßgebend für deren hohen Stimmenanteil dürfte aber ein ganzes Bündel von Ursachen gewesen sein. Nicht zuletzt waren es Befürchtungen vor Besitzstandsverlusten und das Gefühl sozialer Benachteiligung.

Die Forschungsgruppe Wahlen (Mannheim) stellt dazu fest: „Die Republikaner haben zunächst von der zunehmenden Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage in Deutschland

profitiert. Gerade für Wähler, die ihren eigenen ökonomischen Status gefährdet sehen, sind Parteien am rechten politischen Rand, die einfach klingende populäre Lösungen der aktuellen Probleme anzubieten scheinen, attraktiv.“ In welcher Weise und in welchem Ausmaß dies zutrifft, zeigt nicht zuletzt der extrem hohe *Arbeiteranteil* unter den Republikanerwählern. Mit 17 Prozent der gültigen Stimmen erreichten sie bei den Arbeitern den weitaus höchsten Anteil (12 Prozent holten die Republikaner bei den Arbeitslosen).

Wie immer aber die Ursachen zu deuten und das Ergebnis zu werten sind, den Republikanern gelang in Baden-Württemberg, was bislang keiner rechtsradikalen Partei bei einer Landtagswahl in Deutschland gelungen ist, der Wiedereinzug in ein Landesparlament. Werden die Republikaner zu einer baden-württembergischen Regional- oder gar Zukunftspartei? Die Hoffnungen des Bundesvorsitzenden und Spitzenkandidaten der Republikaner in Baden-Württemberg, *Rolf Schlierer*, die Republikaner würden sich damit gar bundesweit als rechte politische Kraft auf Dauer etablieren und sich dabei zur rechtsnationalen Partei mausern, dürften reichlich übertrieben sein. Dazu ist nach wie vor allein die Konkurrenz rechtsradikaler Splittergruppen u. a. der von *Franz Schönhuber* protegierten sog. „runden Tische“ zu groß.

Daß aber der deutsche Südwesten für rechtslastige Protest- und Gesinnungsparteien ein besonderes Pflaster ist, steht außer Frage. Schon 1972 erhielt die NPD ein ähnliches Ergebnis wie jetzt die Republikaner, und auch bei den Bundestagswahlen 1994 fiel das Republikanerergebnis in Baden-Württemberg auf: Allein dort hatten die Reps mit 3,1 Prozent ein Ergebnis mit einer Drei vor dem Komma. Wenig nachgegangen wurde in den ersten Wahlanalysen der Frage, wieweit die große Koalition ursächlich für die hohen Gewinne der Republikaner war. Die Parallele zu 1972 drängt sich auf. Bei aller Abhängigkeit des Ergebnisses von aktuellen Stimmungen und Interessen spricht die Tatsache der gleichmäßigen Verteilung der Reps-Wähler über die Altersgruppen (nur bei den Geschlechtern geht es auseinander; zwei Drittel der Reps-Wähler sind Männer) für eine gewisse Konsolidierung.

Der Absturz der SPD kann niemanden erfreuen

Bleiben die Reps trotz ihres überraschend guten Abschneidens für absehbare Zeit ein regionales Problem, so können die bundespolitischen Fernfolgen der sozialdemokratischen Verluste wie auch der schwachen Zugewinne der CDU nicht ausbleiben, auch wenn sie kaum kalkulierbar, geschweige denn prognostizierbar sind.

Die Verluste der SPD sind zu hoch und zu einheitlich (minus 4,3 Prozent in Baden-Württemberg, minus 5 Prozent in Rheinland-Pfalz, minus 6,4 Prozent in Schleswig-Holstein), als daß um das künftige Schicksal der Partei nicht gebangt werden müßte. Sie verlor so gut wie in allen Wahlkreisen; sie

Sünde und Erlösung in der Diskussion

Sünde und Erlösung im Neuen Testament

Herausgegeben von Hubert Frankemölle



NEU

Quaestiones disputatae, Band 161

224 Seiten, Paperback,

DM 48,- /öS 355,- /SFr 46,-

ISBN 3-451-02161-7

Die uralte Menschheitsfrage nach Sünde und Schuld einerseits, Erlösung und Befreiung andererseits ist vielfach in der Theologie verdrängt worden.

Diese Problematik wird hier von namhaften Theologen unter den Bedingungen unserer Zeit in biblisch-jüdischer, systematischer, befreiungstheologischer und tiefenpsychologischer Sicht entfaltet und diskutiert.

In jeder Buchhandlung!

HERDER

verlor Wähler an alle anderen Parteien, am meisten an die Grünen. Ihr schadete besonders die niedrige Wahlbeteiligung; sie konnte ihre potentiellen Wähler am wenigsten mobilisieren. Sie wurde am schärfsten betroffen vom Generationenwechsel (unter den Jungwählern ist sie trotz niedriger Werte auch für die CDU nur die zweite Kraft und wird teilweise bereits von den Grünen überrundet).

Der Wechsel von *Rudolf Scharping* zu Oskar Lafontaine hat nicht einmal die Stammwählerschaft stabilisiert. Das Debakel der SPD in Baden-Württemberg (ganze 25,1 Prozent, das niedrigste SPD-Ergebnis seit Bestehen des Landes) kündigte sich bereits mit der Kampagne Dieter Spöris gegen Eurogeld und Aussiedler an. Statt durch seine wirtschaftspolitischen Avancen zusätzliche Wähler im bürgerlichen Lager zu gewinnen, spaltete er damit die eigene Partei. Wem die Art der Themenbesetzung zu schäbig war, der blieb am Wahltag zu Hause; wem die latent fremdenfeindlichen SPD-Wahlparolen gefielen, wählte gleich lieber das republikanische Original.

Und die CDU? Für die Partei Helmut Kohls kann der Niedergang der SPD kein Trost sein. Je augenfälliger er ist und je endgültiger er erscheint, um so weniger. Sollte sich bei Fortsetzung der Verluste der innere Zusammenhang der Traditionspartei der SPD auflösen, kann dies unliebsame Auswirkungen auch auf die Konsistenz der Unionsparteien, jedenfalls auf die größere von ihnen haben. Ein starker, geschlossener Gegner festigt auch die eigenen Reihen.

Ein zweiter Punkt, der nur geringen Trost gewährt, sind die *eigenen geringen Zugewinne* der CDU. Sie waren seltsamerweise mit 3,4 Prozent am höchsten in Schleswig-Holstein, wo ein als äußerst schwach geltender, auch gesundheitlich gehandikapter CDU-Spitzenkandidat, *Ottfried Hennig*, gegen die sehr populäre Ministerpräsidentin Heide Simonis anzutreten hatte. Sie waren trotz Ministerpräsidentenbonus höchst bescheiden in Baden-Württemberg. Bedenkt man die spezielle Situation 1992, als die baden-württembergische CDU von 48,9 Prozent auf 39,6 Prozent abrutschte, und damit die sehr niedrige Ausgangsbasis, so nehmen sich die 1,7 Prozent Zugewinn bescheiden aus.

In Rheinland-Pfalz blieben Zugewinne trotz des Neubeginns unter *Johannes Gerster* und trotz der hohen SPD-Verluste ganz aus. Da mag es erfreulich sein, daß die baden-württembergische CDU am 24. März als einzige überhaupt über die 40 Prozent kam. Daß dort 69 von 70 Wahlkreisen an CDU-Kandidaten gingen und daß auch in Rheinland-Pfalz und in Schleswig-Holstein die CDU der SPD eine ganze Reihe von Wahlkreisen abnehmen konnte, spricht mehr für die Schwäche der SPD als für die Stärke der CDU.

Bundespolitisch viel folgenreicher sind aber immer deutlicher sich abzeichnende *strategische Verwerfungen*. Die CDU gerät, zunächst wahlarithmetisch, damit aber zunehmend auch politisch, in Abhängigkeit von der FDP. Dieter Oberndörfer hat schon in den siebziger Jahren das Wort von den „Koalitionswahlen“ geprägt. Danach wählen Deutsche we-

niger Parteien als vielmehr Koalitionen. Hier drückt sich ebenso sehr deutsches Harmoniebedürfnis wie eingefleischtes Mißtrauen gegen absolute Mehrheiten aus. Eine absolute Mehrheit der CDU will sogar ein beträchtlicher Teil der eigenen Wählerschaft nicht. Je mehr die FDP als Koalitionspartner tatsächlich oder auch nur scheinbar in Gefahr gerät, um so stärker ist die Neigung bei der eigenen Anhängerschaft, FDP zu wählen, wenn auch zum primären Zweck, die Regierungsfähigkeit der Unionsparteien zu erhalten.

Allein diese von Seltsamkeiten nicht freie „Strategie“ kann die FDP, obwohl programmatisch zu einer überflüssigen Partei geworden, am politischen Leben erhalten. Diese Wählertendenz zur Sicherung der CDU-Regierungsfähigkeit auf dem Umweg über den liberalen Koalitionspartner ist für die CDU eine bedenkliche, des Machterhalts wegen allerdings eher verdrängte Kehrseite. Und je mehr sich die diversen Formen des Stimmensplittings im Verhältnis CDU/FDP einspielen, auf einem um so niedrigeren Stimmenniveau landet die CDU. Um so endgültiger entfernt sie sich von der Möglichkeit einer eigenständigen Mehrheit, um so sicherer bringt sie sich – langfristig – auch um die eigene Regierungsfähigkeit.

Da nützt es Johannes Gerster wenig, darauf hinzuweisen, daß seine Partei in Rheinland-Pfalz bei den Erststimmen die SPD rund um 2 Prozent überflügelte und deutlich über 40 Prozent liegt, wenn es bei den Zweitstimmen nur zu den mageren 38,7 Prozent von 1992 reicht. Noch weniger nutzt die Feststellung, daß in Baden-Württemberg über die Hälfte der FDP-Wähler (55 Prozent) Anhänger der CDU sind.

Von ferne grüßt Weimar

Die alten Lagertheoretiker konnten sich bei diesen Wahlen wieder vollauf bestätigt fühlen. Zwischen den Lagern bewegte sich so gut wie nichts. Aber im Grunde vollzieht sich auf der bürgerlichen Seite eine wenn auch proportional noch weniger ausgeprägte parallele Entwicklung als bei Rot-Grün. Auf der rot-grünen Seite werden die Grünen stärker auf Kosten der SPD; auf der bürgerlichen Seite behaupten sich die Liberalen zu Lasten der Unionsparteien. Noch reicht es für eine gemeinsame Mehrheit. Aber diese kann rasch kippen, und wenn die FDP dauerhaft an der CDU zehrt, kann dies die Union auch „moralisch“ schwächen. Beim Fehlen starker Integrationsfiguren kann dabei auch der CDU sehr leicht der innere Zusammenhang zerbröseln. Im Grunde erleben beide großen Volksparteien eine *Schwächeperiode* sowohl unter Wähler- wie unter Konsistenzgesichtspunkten. Die kleinen etablieren sich, der vierten Partei folgt eine fünfte, die großen schrumpfen, das bricht auf die Dauer den inneren Zusammenhalt, von ferne grüßt Weimar.

Wenn die großen Volksparteien die Fähigkeit zur strukturellen Mehrheit behaupten wollen, werden zwei Voraussetzungen für sie immer wichtiger.

Die erste: Volksparteien müssen darauf verzichten, mit Klientelparteien in einen Wettkampf um Wählergruppen zu treten, sich gar gegenseitig im Lobbyismus für wirtschaftliche Interessengruppen und sei es (in Baden-Württemberg), die Autoindustrie zu übertreffen oder der jeweils nächsten Stammtischwahrheit aufzusitzen. Auch Koalitionsspiele sind kein Ersatz für Sachpolitik. Volksparteien wenigstens müssen den Mut aufbringen, politische Prioritäten, wie sie sich aus Wirtschaftlichkeit wie aus Gerechtigkeitsgründen aufdrängen (Paradebeispiel Steuerpolitik), selbst zu setzen und die selbstgesetzten Prioritäten in Wahlkämpfen auch durchzuhalten.

Die zweite, die mindestens machtpsychologisch noch schwe-

rer zu realisieren ist: Parteien werden sich zu einem weniger kurzatmigen Umgang mit der Macht durchringen müssen. Wer eine Mehrheit langfristig sichern will, sollte es aufgeben, nur auf Koalitionen zu starren. Vielmehr wird er den Mut haben müssen, eine eigene Mehrheit auch einmal unter Inkaufnahme des Risikos anzustreben, daß er zwar beim Wähler halbwegs gut abschneidet, es aber zum Regieren einmal nicht reicht. Wer aber aus Angst vor Machtverlust von vornherein auf Koalitionen setzt, nimmt die stufenweise Erosion der eigenen Macht bzw. der eigenen Mehrheitsfähigkeit in Kauf und verliert die Macht auf Dauer, auch wenn es der koalitionsverliebte Wähler so gar nicht will.

David Seeber

Gewalt gehört zum Alltag

Der Terrorismus im Nahen Osten und seine Bekämpfung

Terroranschläge gegen den Friedensprozeß zwischen Israel und den Palästinensern, islamistischer Terror in Algerien, der Iran als Unterstützer terroristischer Aktionen: Im Nahen Osten ist der Terrorismus auf der Tagesordnung. Der Antiterrorgipfel vom März in Sharm al-Shaikh zeigte allerdings, daß die Bereitschaft zur Kooperation gegen den Terror in der Region zugenommen hat. Unser Autor Hanspeter Mattes arbeitet am Orientinstitut in Hamburg.

Die Bombenanschläge von Hamas-Aktivisten im Februar und März 1996 in Israel mit dem Ziel, die aus ihrer Sicht ungerechte Nahostfriedenslösung zu torpedieren, und die als Antwort auf diese terroristischen Akte vom amerikanischen Präsidenten *Bill Clinton* und dem israelischen Ministerpräsidenten *Shimon Peres* verabredete Initiative zur kurzfristigen Durchführung eines Antiterrorgipfels – wie er sich im ägyptischen Sharm al-Shaikh am 13. März 1996 konkretisierte – haben in der europäischen Öffentlichkeit den Blick verstärkt auf ein Problem gelenkt, das in der Nahostregion seit langem zum Alltag gehört und höchstens seine Intensität und seinen Charakter im Laufe der letzten Jahre modifizierte. Eine Untersuchung des nahöstlichen Terrorismuskomplexes zeigt schnell, daß dessen Komplexität weit über die palästinensisch-israelische Dimension hinausreicht. Sie zeigt aber auch, daß eine Terrorismusbekämpfung nicht erst seit den negativen Rückwirkungen der Bombenattentate auf den Nahostfriedensprozeß in den Mittelpunkt gerückt ist, sondern bereits nachweislich seit 1990 zu verstärkten bi- und multilateralen Initiativen der Terrorismusbekämpfung auf der Ebene der Polizei-/Sicherheitschefs und Innenminister in Nordafrika und Nahost geführt hat, zu denen eine sich zunehmend verstärkende vertikale Kooperation mit Behörden und Institutionen in Staaten der Europäischen Union hinzukommt. Die entsprechenden Erklärungen im Schlußkommuniqué der Europa-Mittelmeer-Konferenz (Barcelona, 27.–28. 11. 1995) sind dafür ein Indiz.

Seit Ende der sechziger Jahre nahmen terroristische Aktionen nahöstlicher, überwiegend palästinensischer Gruppen eine internationale Dimension an, um in den achtziger Jahren einen Höhepunkt zu erreichen. In den „Spitzenjahren“ 1980–1985 wurden insgesamt 233 terroristische Akte (inklusive staatlich anberaumte terroristische Akte gegen Oppositionelle im Ausland) gezählt, für die Gruppen nordafrikanischer/nahöstlicher Provenienz verantwortlich zeichneten; 144 Anschläge davon hatten einen palästinensischen Ursprung. Die Mehrzahl der Anschläge richtete sich gegen US-amerikanische und europäische Ziele. Allein im Jahr 1985 fanden z. B. insgesamt 75 Anschläge in 14 europäischen Staaten statt und forderten 65 Tote und 529 Verletzte.

Der sich wandelnde Charakter eines alten Phänomens

Nicht nur der Nahe Osten galt jedoch wegen des palästinensischen Ursprungs zahlreicher Anschläge für die USA und die europäischen Staaten als „Sicherheitsproblem“; auch nordafrikanische Staaten wie Algerien und Libyen wurden als Sicherheitsproblem eingestuft, zum einen weil sie in den siebziger und achtziger Jahren radikale palästinensische Organisationen unterstützten und – wie vor allem Libyen – weltweit Gruppen (mit-)finanzierten, zu deren Strategien bewaffnete Aktionen zählten; zum anderen, weil sie darüber